Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 279. **Donnerstag** den 2. Juni 1892. **86. Jahrgang**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,

die Vermiethung von Kühlzellen im Kühlhause des städtischen Schlachthofes betr.

Diejenigen Fleischer, welche gegenwärtig Zellen im Kühlhause des städtischen Schlachthofes gemiethet haben und gesonnen sind, dieselben vom 15. Juli a. c. ab auf ein weiteres Jahr zu miethen, haben ihre Gesuche bis **Sonnabend, den 18. Juni, Nachmittags 6 Uhr** an die Direction des städtischen Vieh- und Schlachthofes während der Geschäftsstunden, Vormittags von 8—12 Uhr und Nachmittags von 2—6 Uhr, einzureichen, beziehungsweise mündlich anzubringen.

In derselben Zeit werden auch Gesuche von noch nicht im Besitze einer Kühlzelle sich befindenden Fleischern entgegengenommen, damit diese bei der Vergebung frei werdender Zellen berücksichtigt werden können. Die Vergebung der frei werdenden Zellen erfolgt der Reihe der Anmeldungen nach.

Leipzig, den 25. Mai 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hengst.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Nutzung der **Röderauer** Kirschenplantage (über 900 Stück tragende Bäume vorzüglicher Sorten) soll

Mittwoch, den 8. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr

im „Waldschlößchen" zu Röderau, unter den zuvor bekannt zu gebenden Bedingungen, meistbietend verpachtet werden.

Auswärtigen Bietern ist nachgelassen, ihre Gebote auch schriftlich beim unterzeichneten Bureau einzureichen; diese Gebote müssen jedoch spätestens Vormittags 8 Uhr genannten Tages an Ratsstelle eingehen.

Königliches Abtheilungs-Ingenieur-Bureau Riesa,
am 28. Mai 1892.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1892 folgende, zum Theil auch schon früher gefundene oder von verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

ein Geldbetrag von **10 ℳ**, ein Portemonnaie mit **8 ℳ** und solche mit geringeren Beträgen, **eine goldene Damenuhr, 4 Klemmer**, darunter **2 goldene**, 3 goldene Ringe, **2 Trauringe**, darunter ein gravirter, eine goldene Brosche, **3 verschiedene Corallen-Armbänder**, ein silberner Kruzifix, ein Corallenkettchen, ein Manschettenknopf, ein Medaillon mit Uhrschlüssel, eine Denkmünze, ein Lotterie-Loos, ein Leihbankschein, ein Fächer, eine Dose, einige Spaziergerstöcke, mehrere Schirme, 3 neue Fahrungen, ein Sammetbeutel mit einem Portemonnaie, ein Paar Damen- und ein Paar Herrenhandschuhe, ein Perlenkragen, eine schwarz- und weißgarnirte Welte, 2 Kinderschürzen, ein Paar neue Kinderschuhe, ein neuer größerer Knabenstiefel, eine Pfeifendecke, eine Velocipedtasche mit Inhalt, mehrere Schlüssel, eine Blendlaterne, ein Faß Bier, eine Peitsche, eine Wagenkapsel, eine Plane, ein Sack mit Klöberhaaren, ein frisches Kalbfell, ein zugeflogener Canarienvogel, eine Lachtaube, **ein zweirädriger Handwagen.**

Zur Ermittelung der Eigenthümer wird dies hierdurch bekannt gemacht.

Leipzig, den 31. Mai 1892.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. Ml.

Bekanntmachung.

Die Erd- und Maurerarbeiten für die Katholische Nothkirche und für das Vincentiushaus in Leipzig sollen im Wege der Submission vergeben werden. Bedingungen ꝛc., sowie Zeichnungen sind gegen Hinterlegung von 3 ℳ auf dem Baubureau der Architekten **Krutz & Meurer, Bayerische Straße 42 b**, zu entnehmen. Angebote auf Ausführung dieser Arbeiten sind versiegelt bis zum 9. Juni 1892 mit der Aufschrift: „Katholische Nothkirche und Vincentiushaus Leipzig" an das Katholische Pfarramt Leipzig abzugeben.

Leipzig, den 31. Mai 1892.

Hubert Schmittmann,
Superior und Pfarrer.

Zur Stellung der Centrumspartei.

Die Winkelzüge der Centrumspartei gehören zu den traurigsten Zeichen unserer Zeit, und es ist eine der unerquicklichsten Aufgaben der liberalen Presse, in diese dunkelste Stelle unseres politischen Lebens Licht zu bringen. Die Centrumspartei geberdet sich in neuester Zeit, als ob das Wohl und Wehe des Deutschen Reiches von ihr abhinge und als ob sie die Bedingungen für Bewilligungen auf dem Gebiete von Heer und Flotte vorzuschreiben habe. Das Centrum verweigerte die Forderung für den Bau der Corvette K, nachdem der Zedlitz'sche Entwurf eines preußischen Volksschulgesetzes zurückgezogen war, und die bayerischen Abgeordneten Oetterer und Daller erlaubten sich einen Eingriff in die amtliche Thätigkeit des preußischen Gesandten in München, Grafen Eulenburg, indem sie seinen Bericht über die durch den Zedlitz'schen Entwurf erzeugte Stimmung einer unbefugten Kritik unterzogen. Seitdem sind die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses des Oberbürgermeisters von Berlin v. Forckenbeck und die Magdeburger Katholiken-Versammlung mit dem Huldigungstelegramm an den Kaiser hinzugetreten, aus welchen Thatsachen hervorgeht, mit welchem Uebermuth das Centrum seine gegenwärtige Machtstellung im deutschen Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause ausnutzt.

Es ist bezeichnend für den Charakter der Centrumspartei, daß Dinge, wie die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses für eine hervorragende Persönlichkeit und die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in der Diöcese Gnesen und Posen, lediglich nach politischen Gesichtspuncten beurtheilt werden, obwohl beides Cultusangelegenheiten sind, welche unter gesunden staatlichen und kirchlichen Verhältnissen mit der Politik gar nichts gemein haben. Von der Seite des kirchlichen Bekenntnisses betrachtet, ist es bisher Uebung der katholischen Kirche gewesen, daß sie bemüht war, Personen von öffentlicher Bedeutung, die entweder als Feinde der Kirche oder als Vernachlässiger ihrer kirchlichen Pflichten galten, wenigstens im Tode der Kirche zurückzugewinnen. Deshalb die häufige Benutzung von Schwächezuständen Sterbender, um ihnen Bekenntnisse abzupressen, die sie in gesunden Tagen und im Stande voller Zurechnungsfähigkeit niemals gemacht hätten. Um die ewige Seligkeit Forckenbeck's hat sich kein Geistlicher in seiner Sterbestunde gekümmert, weil er als ein unversöhnlicher Feind der Kirche galt, sonst würde er ja nicht Mitglied des Gerichtshofes für Kirchen-Angelegenheiten gewesen sein. Aber selbst angenommen, daß die katholische Geistlichkeit die Uebernahme dieses Amts dem Oberbürgermeister von Forckenbeck als schweren Fehler angerechnet hätte, so gestattet doch das Gebot der christlichen Liebe nicht, ihm diesen Fehler bis über das Grab nachzutragen.

Die Nutzanwendung aus diesem Falle für die Katholiken lautet: Wenn ihr euch am öffentlichen Leben betheiligt, so dürft ihr das nur in dem Sinne thun, daß dadurch die Macht der Kirche erhöht und befestigt wird, ihr geht aber der kirchlichen Gnadenmittel verlustig, wenn ihr euch durch eure Vaterlandsliebe verleiten lasset, die Interessen des Staats zu fördern, in welchem ihr lebt, falls sie mit denen der Kirche in Streit gerathen. Das ist eine so verderbliche Lehre, daß sie vom Staate niemals anerkannt oder auch nur geduldet werden könnte, denn ihre Consequenzen führen zur Unterdrückung des Staats unter die Kirche und wir kommen auf diesem Wege zu Zuständen, wie sie unter Kaiser Friedrich II. bestanden, der die Bannfluch nach Canossa entrat.

Das ist die weltgeschichtliche Bedeutung des Protestantismus, daß er die Interessen von Staat und Kirche auseinanderhält, und wenn die protestantische Orthodoxie sich von diesen Bestrebungen anzueignen sucht, so hat das aus dem Grunde nicht viel auf sich, weil in protestantischen Staaten das Staatsoberhaupt zugleich der summus episcopus, der höchste Geistliche des Staates ist. Die Vereinigung der höchsten staatlichen und kirchlichen Gewalt in einer Hand ist von entscheidender Wichtigkeit, weil Pflichten-Collisionen der Bürger solcher Staaten in kirchlicher und politischer Beziehung nicht eintreten können.

Nun ist es leider eine Folge der geschichtlichen Entwickelung, daß Deutschland eine kirchlich gemischte Bevölkerung enthält, daß eine nach Millionen zählende Masse sich zum katholischen Glauben bekennt und dieses Bekenntniß bei den Wahlen zum Reichstage zum Ausdruck bringt. Wenn das allgemeine Stimmrecht der Wahl von Abgeordneten der Centrumspartei besonders günstig ist durch die Möglichkeit, die Masse der katholischen Wähler den Weisungen der Geistlichen gefügig zu machen, so zeigen doch die Ergebnisse der Wahlen in Preußen und Bayern, daß auch indirecte Wahlen sich für die Zwecke der Centrumspartei verwerthen lassen.

Aus den Vorgängen der neuesten Zeit ist leider zu sehen, daß wir auf kirchenpolitischem Gebiet nicht weiter kommen, daß vielmehr die Vertreter der Interessen der katholischen Kirche mit unheimlicher Consequenz und mit höchst verderblichem Eifer an der Arbeit sind, ihre frühere Macht nicht nur wieder herzustellen, sondern sie noch zu erweitern. Solche Erörterungen mögen vorläufig wirkungslos sein, zwecklos sind sie sicher nicht, denn die Klarstellung der Sachlage kann für eine Partei nicht willkommen sein, die es liebt, sich als die Hauptstütze des Thrones hinzustellen. Bei ihren Huldigungen für das Staatsoberhaupt verschweigt diese Partei leider, daß ihre Hauptthätigkeit darauf hinausläuft, die Grundlage des deutschen Staatslebens zu untergraben. In der Magdeburger Versammlung haben 4000 Katholiken ihren Standpunct unter Führung von Schorlemer-Alst dahin zusammengefaßt, daß sie die Zurückziehung des Zedlitz'schen Volksschulgesetzentwurfs beklagen, die Zulassung der Jesuiten in Deutschland und die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes fordern. Die letztgenannte Forderung hat mit den kirchlichen Interessen des deutschen Reiches gar nichts gemein; ob der Papst zugleich weltlicher Herrscher eines Theiles von Italien ist oder nicht, berührt die kirchlichen Interessen des deutschen Volkes in keiner Weise, es wäre sogar Landesverrath, wenn durch die Bemühungen deutscher Katholiken ein Krieg entzündet würde, um dem Papste zur Wiedereinsetzung in seine Macht als weltlicher Herrscher zu verhelfen.

Wir erkennen leider aus der ganzen Sachlage, daß der Krebsschaden, an welchem das Deutsche Reich seit seiner Wiedergeburt leidet, die Centrumspartei, sich noch heute trotz des Culturkampfes und des Friedens vom 10. Mai 1887 einer Kampfesfrische erfreut, wie sie nur einer aufwärts strebenden Partei eigen ist. Windthorst ist todt, Schorlemer-Alst ist wieder auf dem Kampfplatz erschienen — das ist bezeichnender als Alles, was sonst über die Stellung der Centrumspartei in der Gegenwart gesagt werden kann. Das deutsche Volk muß sich wie zu Lebzeiten Luther's gegen die Uebergriffe der katholischen Kirche vertheidigen, als ob wir keine Reformation und keinen 30jährigen Krieg überstanden hätten. Man ersieht daraus, daß selbst die Mißbräuche der Geistlichkeit tief eingewurzelte religiöse Anschauungen nicht zu beseitigen vermögen und daß der Gläubige für Irrthümer mit derselben Ausdauer einsteht, wie für ewige Wahrheiten, deren Werth ihm nicht faßbar ist. Es wird in unserer schweren Zeit, wo wir durch den Unverstand der Massen von den schlimmsten Gefahren bedroht sind, so viel von Religion gesprochen, man bemüht sich, die Streitigkeiten der Bekenner verschiedener Formen des christlichen Glaubens unbeachtet zu lassen, sie machen sich aber trotzdem so sehr bemerkbar, daß es nicht möglich ist, sie als nicht vorhanden zu betrachten. Was von protestantischer Seite geschehen konnte, um volle Duldsamkeit gegen andersgläubige Christen zu üben, ist geschehen, aber nur mit der Wirkung, ihre Begehrlichkeit nach Machterweiterung zu steigern. Was wir verlangen, ist klar und deutlich, so daß es die Centrumsmänner bei einigem guten Willen verstehen müssen. Wir wollen volle Glaubensfreiheit und außerdem Unabhängigkeit der geistigen Entwickelung des Volks von dogmatischen Vorschriften und Glaubensartikeln. Wir wollen ferner Trennung der Religion von der Politik. Die staatlichen Interessen können wohl die Unterordnung der kirchlichen Interessen nöthig machen, aber nicht umgekehrt. Die Schlichtung dieses Streites ist leider in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Deutsches Reich.

ss. **Berlin**, 1. Juni. Mit vollem Rechte wendet sich die „Post" gegen die „Frankfurter Zeitung", welche durch tendenziöse Berichte über Reibereien zwischen Militair und Civilpersonen Stimmung gegen die Armee als solche zu machen sucht. Das Frankreich sehr wohlgemeinte demokratische Organ wird aufgefordert, sich auch in solchen Dingen an seinen französischen Collegen ein Beispiel zu nehmen, da in Frankreich Alles, was die Armee betrifft, hoch und heilig gehalten werde. Die „Post" hätte hinzufügen dürfen, daß die „Frankf. Ztg." und die gesinnungsverwandte Presse, die ihr nachbetet und nachdruckt, für Excesse französischer Militairpersonen, wenn sie nicht leugnen sind, eine Objectivität und Nachsicht des Urtheils besitzt, die der Gier und Uebertreibungssucht, mit der sie ähnliche unliebsame deutsche Vorkommnisse aufgreift, die Waage hält. Solches Treiben kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Strenge Verurtheilung, strengere als sie ihnen die „Post" angedeihen läßt, verdienen aber jedenfalls auch die Ausschreitungen von Militairpersonen, namentlich von Officieren. Es klingt denn doch zu schlecht unterrichtet und zu tolerant, wenn das Blatt sagt: „Es mag ja vorkommen, daß einmal ein Jünger des Mars sich einem Bürgersmann gegenüber etwas zu Schulden kommen läßt." Es kommt vor und ist namentlich in letzter Zeit, besonders in Süddeutschland, wiederholt vorgekommen; und wenn wir einräumen müssen, daß die Militairverwaltung nicht in der Lage ist, solche Vorfälle gänzlich zu verhüten, so muß es doch befremden, wenn die „Post" ihrer Feststellung nicht das Verlangen nach unnachsichtiger Bestrafung folgen läßt. Beleidigungen von Bürgern, wenn sie von Officieren ausgehen, sind unter dem Gesichtspunct einer Schädigung der Institution der Armee zu betrachten. Es ist einmal Thatsache und für uns eine sehr begreifliche Thatsache, daß Angriffe von Officieren auf Bürger überall, namentlich aber im Süden und Westen, eine tiefgehende Erbitterung hervorrufen. Der Vergleich mit dem oft nicht minder weit gehenden „Studentenulk" trifft nicht zu, denn diesem wird in der Regel der mildernde Umstand des jugendlichen Uebermuths bewilligt, während Ausschreitungen von Officieren als Ausflüsse des Hochmuths empfunden werden. Beides in vielen Fällen gewiß nicht mit Unrecht. Es ist die unendlich wichtige Frage der Popularität der Armee, die hier ins Spiel kommt. Der Officier besitzt vermöge seines Bildungsgrades das Verständniß für diesen Umstand, läßt er ihn außer Acht, so versündigt er sich gegen die Interessen des Vaterlandes, dem er angehört, und müßte aus diesem Gesichtspuncte her, d. h. verurtheilt werden. Wenn die „Post" der „Frankf. Ztg." ins Gewissen redet, so thut sie recht; sie sollte aber ihre Mahnung noch auf andere Kreise ausdehnen.

* **Berlin**, 1. Juni. Dem Bundesrath ist eine im Reichseisenbahnamt ausgearbeitete Denkschrift zugegangen, betreffend Ergänzung der Bestimmungen des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands, welche hauptsächlich die Beförderung von Patronen aus Wachspulver betreffen. An der Hand des Antrages eines Fabrikanten, Patronen aus einem von ihm hergestellten neuen rauchschwachen Pulver unter den Bedingungen, die für Patronen aus Securit und mehreren anderen Stoffen bestehen, zur Eisenbahnbeförderung zuzulassen, haben eingehende Untersuchungen in dieser Richtung stattgefunden. Sie haben ergeben, daß dieses Pulver an Gefährlichkeit dem feinkörnigen englischen Büchsenpulver entschieden nachstehe, da es außerordentlich schwer, oft fast unmöglich sei, eine größere Menge auf einmal zu entzünden. Ein Entzünden oder Explodiren des Pulvers sei selbst dann nicht zu befürchten, wenn in der Nähe eines Wagens, der das in Holzkisten oder Fässer verpackte Pulver enthalte, Feuer ausbreche. Die königlich preußische technische Deputation für Gewerbe hat erklärt, daß sie in Anbetracht dieses günstigen Ergebnisses der Versuche keinen Anstand nehme, die Zulassung des neuen Pulvers, das aus einem Gemenge von chlorsaurem Kali, Carnaubawachs und Hexamethyl (Hexopedium) bestehe und als Wachspulver zu bezeichnen sei, zur Eisenbahnbeförderung unter den beantragten Bedingungen zu empfehlen. Das Reichseisenbahnamt hat Anlaß genommen, bei dem Bundesrathe einen Antrag in dieser Richtung zu stellen, welcher eine der Angelegenheit gemäße Abänderung und Ergänzung des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands bezweckt. Der Zeitpunct, mit welchem diese Anordnung in Kraft treten soll, ist vorbehalten worden.

— Fürst Bismarck hat aus Anlaß des Ablebens des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck ein Schreiben an den Bürgermeister Zelle gerichtet, in welchem es heißt:

Ich bedaure, daß meine Gesundheit mir nicht gestattet, meine aufrichtige Theilnahme an dem Ausscheiden meines langjährigen Mitarbeiters in der Politik aus seiner für Berlin so erfolgreichen amtlichen Thätigkeit Ausdruck zu geben.

— In den Nachrufen, welche Forckenbeck gewidmet worden, befindet sich auch mehrfach der Hinweis auf die bald nach der Thronbesteigung Kaiser Friedrich's erfolgte hohe Ordensauszeichnung, welche unter besonderen Umständen stattfand. Der Hergang ist nach der „Münchener Allg. Ztg." authentisch folgender gewesen:

„Kaiser Friedrich legte dem Fürsten Bismarck, als dieser zum Vortrag nach Charlottenburg kam, eine Liste beabsichtigter Ordensverleihungen vor. Auf der Liste stand auch Forckenbeck, welcher im Januar 1887 eigens in den — alsdann aufgelösten — Reichstag gegangen war, um gegen die Septennatsvorlage zu stimmen, obwohl er sonst an den Sitzungen selten oder nie Antheil nahm. Dieser Vorgang hatte auf Kaiser Wilhelm I. einen so verstimmenden Eindruck gemacht, daß in der That seitens seine Einladung an den Oberbürgermeister zu den Festessen u. s. w. mehr erging. Fürst Bismarck glaubte demnach den Kaiser Friedrich darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die beabsichtigte gleichzeitige Auszeichnung der dafür in den Auge gefaßten Persönlichkeiten doch eine Frage von politischer Tragweite sei, welche der vorherigen Erörterung im Staatsministerium nicht entzogen werden könne. Der Kaiser erwiderte, ihm liege namentlich an Forckenbeck. Fürst Bismarck versprach, am nächsten Tage darüber zu berichten. Der Kaiser geleitete ihn, wie er bis in die letzten Tage seiner Krankheit stets gethan hat, bis an die Thür, reichte ihm dort die Hand und richtete auf den Fürsten dabei einen unvergeßlich wehmuthsvollen Blick, von welchem Fürst Bismarck später erzählt hat, daß er ihn zeitlebens nicht vergessen werde. Auf der Heimfahrt beschäftigte der Gedanke, wie es möglich sei, dem Wunsche des Kaisers zu entsprechen, ohne der Sache eine politische Tragweite zu geben, den Kanzler unausgesetzt. Schon hatte er das Thiergartenthor passirt, als ihm der Gedanke kam, die Auszeichnung mit der Hilfeaction für die Überschwemmten Landestheile in Verbindung zu bringen, an deren Spitze Forckenbeck auf Wunsch der Kaiserin vor Kurzem getreten war. Fürst Bismarck hieß den Wagen umkehren, fuhr wieder nach Charlottenburg zurück und ließ sich beim Kaiser melden, der den Vorschlag sofort acceptirte und dem Fürsten mit einem Blick unaussprechlicher Befriedigung und Dankbarkeit die Hand drückte.

— Der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Bödiker hat seine Theilnahme an den Verhandlungen des demnächst in Hamburg zusammentretenden deutschen Berufsgenossenschaftstages zugesagt. Außer den bereits mitgetheilten Gegenständen der Tagesordnung wird auf dem Genossenschaftstage voraussichtlich noch eine auf die Chicagoer Weltausstellung bezügliche Frage zur Erörterung kommen. Aus berufsgenossenschaftlichen Kreisen ist angeregt worden, auf dieser Ausstellung den Umfang und die Bedeutung bezw. die Wirkungen der socialpolitischen Gesetzgebung Deutschlands in geeigneter Form zur Darstellung zu bringen. Diese Frage ist bereits auf die Tagesordnung der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Berufsgenossenschaften in Hamburg gestellt, die vor den Verhandlungen des Genossenschaftstages stattfindet.

— Das französische Blatt „Le Soleil" berichtet am 26. Mai von einem, wie es dem Blatt erscheint, sehr merkwürdigen Plane, welcher dem Kriegsminister unterbreitet worden sei. Es handelt sich um die Bildung von Cavallerie-Regimentern aus eingeborenen Elsaß-Lothringern, welche ihre Heimath verlassen haben, um in französische Kriegsdienste zu treten. Diese Regimenter sollen einen großen Nutzen versprechen, weil sie, im Fall eines unmittelbaren Ausbruchs der Feindseligkeiten, so wie keine andere Reiterei geeignet zur Recognoscirung sein würden. So die Meldung des „Soleil", zu der die „Post" bemerkt:

„Wir sind keineswegs der Meinung, daß auf diese Art von Anzettelungen, in denen uns immerfort mit einem baldigen Angriffskriege von französischer Seite gedroht wird, viel Rücksicht zu nehmen sei. Wir sind dergleichen allzusehr gewohnt. Im vorliegenden Fall möchte man aber doch fragen, ob es auch weiter nichts ist, als eine der gewöhnlichen Uebenswürdigen Neckereien. Sollte es in Frankreich nicht eine Partei geben, der es sehr unbequem ist, daß die Kriegsgefahr in Folge des russischen Rüstungstandes einzuschlafen scheint? Sollte diese Partei nicht Bedacht nehmen, den Kriegseifer immer wieder anzuschüren, um einer befreundeten Partei in Rußland, die von ähnlichen Absichten erfüllt sein mag, unter die Arme zu greifen? Ebenso darf man nicht vergessen, daß der „Soleil" ein orleanistisches Organ ist, der den Kriegshoffnungen zugethan ist, nicht blos aus Revanche-Durst, sondern in der Erwartung, daß bei einem Krieg die republikanische Regierung, wie sie jetzt besteht, auf jeden Fall eine abkommen würde."

— Dem Vernehmen nach dürften in der nächsten Zeit verschiedene Bergwerksinteressentenkreise sich wiederum mit der Frage der Bergwerksteuer-Aufhebung bezw. mit der Berathung von darauf bezüglichen Eingaben beschäftigen. Bekanntlich ist in der Auseinandersetzung des „Reichsanzeigers" über die eventuell einzuschlagenden Bahnen für die weitere Steuerreform erwähnt worden, daß bei der Wahl eines bestimmten Reformmodus auch die Bergwerksteuer mindestens vollständig umgestaltet bezw. wesentlich ermäßigt werden könnte.

— Der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Verbandes beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Gesammtvorstand zu einer Sitzung auf den 14. Juni einzuberufen, in welcher zu der Frage der Berliner Weltausstellung Stellung genommen werden soll.

* **Potsdam**, 1. Juni. (Telegramm.) Der Kaiser hielt im Laufe des heutigen Vormittags Parade über die Potsdamer Garnison ab. Die Kaiserin-Königin Wilhelmine, die Königin-Regentin und die Edinburger Herrschaften wohnten derselben in offenen Bierspännern bei. Der Kaiser commandirte, der Kronprinz und die Söhne des Prinzen Albrecht standen im Gliede. Das Präsentiren erfolgte unter den Klängen der holländischen Nationalhymne. Bei dem zweimaligen Vorbeimarsch führte der Kaiser persönlich das Garde-du-Corps-Regiment vor. Nach der Parade findet im Neuen Palais ein Paradediner statt. Das Kaiserpaar und die hohen Gäste wurden vom Publicum enthusiastisch begrüßt.

* **Kiel**, 1. Juni. (Telegramm.) An zuständiger Stelle ist von einer unmittelbar bevorstehenden Ankunft Kaiser Wilhelms nichts bekannt. Die Yacht „Hohenzollern" liegt seeklar. — Zu der am 29. d. stattfindenden großen Seeregatta des kaiserlichen Yachtclubs hat der Kaiser sein Erscheinen in Aussicht gestellt.

* **Hamburg**, 31. Mai. Prinz Heinrich von Preußen eröffnete persönlich die heutige Sitzung der 27. Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger durch eine längere Ansprache.

* **Posen**, 31. Mai. Ueber die Polen und die Schule wird der „Schles. Ztg." von hier geschrieben: Die gesammte Volksschule, ganz besonders aber die niedere, ist und bleibt neben den übrigen Maßnahmen der Staatsregierung derjenige Factor, welcher die deutsche Gesinnung am kräftigsten und nachhaltigsten zu fördern im Stande ist. Wenn dem jetzt zur Offensive übergegangenen Polonismus von irgend einer öffentlichen Institution des Staates eine einschränkende Grenze gezogen werden kann, so wird diese Institution in erster Linie die Schule sein. Die germanisirende Wirkung des deutschen Ansiedelungswerkes soll keineswegs unterschätzt werden, aber sie wird erst nach Jahrzehnten in die Erscheinung treten. Und außerdem darf nicht übersehen werden, daß die polnische Propaganda eifrig am Werke ist, durch eine rührige gnesoesenschaftliche Ansiedelungsthätigkeit das verlorene Terrain zurückzuerobern. Ohne Frage wird ihr dies bis zu einem gewissen Umfange auch gelingen. Die Arbeit der Schule an der nachwachsenden polnischen Generation, das mit der deutschen Sprache und Literatur den polnischen Kindern eingeimpfte deutsche Wesen aber vermag keine Einwirkung im späteren Leben, weder Familie, noch Kirche oder Gesellschaft, ganz zu zerstören. Dieser dauernde Erfolg der Schule muß darum auch als die letzte Ursache des Kampfes gegen das bewährte System betrachtet werden. Eine gründliche Aenderung dieses Systems in der Schule ist natürlich das Erste, was man fordern zu müssen glaubt. Der Anfang soll mit der obligatorischen Zulassung des polnischen Sprachunterrichts gemacht werden. Trotz offenkundiger Beweise will sich die polnische Presse von der Entbehrlichkeit der polnischen Sprache in der Volksschule nicht überzeugen lassen; wie an einem Jahrhunderte alten Dogma hält sie an dem Vorurtheile fest, das polnische Kind vermöge den ihm dargebotenen Stoff ohne die polnische Sprache nicht geistig zu durchdringen, es werde nur mechanisch abgerichtet. In Schulsachen wendet die polnische Presse nachgerade eine Kampfesweise an, die hart an die Grenzen des Erlaubten streift. Durch nicht bewiesene Behauptungen, Entstellung von Thatsachen, öffentliche Brandmarkung, Aufbauschung geringfügiger Geschehnisse — Alles muß dem einen Zwecke dienen, die große Masse in Bewegung zu erhalten. Neuerdings wird auch gegen die polnischen Lehrer zu Felde gezogen, welche den simultanen Lehrervereinen in der Provinz Posen als Mitglieder angehören. Es soll durch diese Mitgliedschaft eine Ver-